Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1947

28 (9.7.1947)

Visual Library

Badisches
VOLKSECHO
WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 28 | Mannheim, den 9. Juli 1947 | Preis 15 Pfg.

Geburt des Westblocks?

Molotows Nein — Erneute Pariser Konferenz ohne Sowjet-Union

Die Pariser Konferenz der drei Außenminister scheiterte. Molotow hatte dem Marshallplan ein entschiedenes Nein entgegengestellt. Prompt erfolgte daraufhin die Einladung an 22 Länder auf den 12. Juli nach Paris zu einer neuerlichen Konferenz, um den Marshallplan und damit, so wie die Verhältnisse jetzt liegen, dem Westblock zum Leben zu verhelfen.

Die Sowjet-Union ist nicht mehr eingeladen. Die bereits von den Dollars der USA abhängigen Länder wie Griechenland, Türkei und Italien haben eilfertig der Einladung durch England und Frankreich zugesagt. Schweden und die Schweiz haben sie zögernd aufgenommen. In ihrer Haltung kommt zum Ausdruck, daß sie das Bewußtsein haben, ein heißes Eisen anfassen zu müssen. Belgien zeigte über die sich abhebende Entwicklung Bestürzung. Die Oststaaten — auch Norwegen — haben sich bis jetzt noch nicht geäußert. Man ist geneigt, ihre Zurückhaltung auf die Unnachgiebigkeit der Sowjetunion zurückzuführen.

Entgegen aller abgegebenen Versicherungen hatte Molotow in Paris den Marshallplan als Eingriff in die inneren Angelegenheiten der teilnehmenden Länder gekennzeichnet. Er erklärte: „Die amerikanische Wirtschaftshilfe, von der bis jetzt tatsächlich noch nichts Endgültiges bekannt ist, gab den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs Anlaß, die Schaffung einer neuen Organisation zu suchen, die den Ländern Europas übergeordnet ist und in deren innere Angelegenheiten eingreift." Molotow hatte deutlich die sich ankündende Gefahr einer Teilung zwischen Ost und West aufgezeigt und die USA offen beschuldigt, daß ihr Streben darauf gerichtet sei, mit dem Marshallplan sich einen beherrschenden Einfluß in Europa zu sichern. Europa in zwei Staatengruppen aufzuspalten sei das Ziel, das mit ihm verfolgt werde. In diesen Gründen liegt die Voraussetzung, die für Molotow's Nein entscheidend gewesen ist. Die erneut geplante Pariser Konferenz ist die Bestätigung dafür. Es ist die Absicht deutlich genug zu erkennen, daß auf der Grundlage des Marshallplans der Westblock geboren und organisiert werden soll.

In einer Rede vor dem Frauen-Presseklub in Washington hat der amerikanische Außenminister Marshall sein Bedauern ausgesprochen, daß ein großer Teil der Propaganda in der Welt sich gegen die USA richtet. Er sagte: „Unsere Absichten werden entstellt, unsere Motive verzerrt, unsere Traditionen und Ein[illegible]gen verschrien und be[illegible]t."

[illegible] ist versucht, sich bei diesen [illegible] zu erinnern:

„Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären." Daß die Truman-Doktrin mit ihrem schrankenlosen Weltherrschaftsanspruch der USA verkündet ist; daß die ersten Maßnahmen, die ihr Gestalt gegeben haben, unverhüllt die imperialistische Zielsetzung geoffenbart haben, das läßt sich nicht mehr ändern. Das sind Tatsachen, die auch mit der geschickten Diplomatie des Marshallplanes nicht mehr aus der Welt geschafft werden können. Mag der Außenminister der USA auch geschickter manövrieren, als es der Präsident der USA konnte, der Pferdefuß der amerikanischen Außenpolitik war sichtbar gewesen, und ist weiter vorhanden, auch dann noch, wenn die diplomatische Verkleidung noch geschickter wäre als sie es ist.

W. G.

Die „Prawda" über die Pariser Konferenz

In ihrem Kommentar zu den Pariser Beratungen der drei Außenminister schreibt die Prawda unter anderem: Es ist schwer anzunehmen, daß die Initiatoren der Pariser Beratungen einen Vorstoß der Sowjetunion gegen die Prinzipien der demokratischen Gleichberechtigung in der Zusammenarbeit der Völker für möglich halten. Allein die Art, wie die Initiatoren die Beratung des Marshall-Planes führten, zeigt, daß sie von vornherein eine Trennung Europas beabsichtigten. In der Tat: Kaum waren die Beratungen zu Ende, als die französische Regierung bereits an 22 europäische Länder die Einladung ergehen ließ, an einer neuen Erörterung des Marshall-Planes teilzunehmen. Die Einberufer dieser neuen Beratung sollen, wie aus einer Erklärung des offiziellen Sprechers des französischen Außenministeriums hervorgeht, die Teilnahme davon abhängig machen, daß der französische Plan im Prinzip angenommen wird. Hieraus zieht die „Prawda" den Schluß, daß jeder, der nach Paris geladen wird, sich von vornherein mit den von Großbritannien und Frankreich diktierten Bedingungen einverstanden erklären muß. Großbritannien und Frankreich, so schließt die Prawda, haben einen Weg beschritten, der mit der internationalen Zusammenarbeit und mit den wirklichen Interessen der Völker Europas nichts gemein hat.

Im Kampf um unsere Zukunft

12. Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Unter dem Vorsitz von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl fand in Berlin die 12. Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Deutschlands leidvolle Gegenwart, die Erörterung der Mittel und Wege zu ihrer Ueberwindung standen im Mittelpunkt.

Aus der Rede Otto Grotewohls ist der aufgezeigte enge Zusammenhang der nationalen Existenz Deutschlands mit der Ueberwindung der täglichen Nöte des deutschen Volkes hervorzuheben. Aufgabe der Partei ist es, der Arbeiterklasse die volle Erkenntnis für ihre Rolle in der Lösung der nationalen Frage Deutschlands, der Herstellung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einheit Deutschlands zu vermitteln.

Der Parteivorstand nahm nach ausführlicher Diskussion den Entwurf einer Resolution über die Politik der Sozialistischen Einheitspartei an, die die Grundlage der politischen Vorbereitung des 2. Parteitages der SED bildet.

„Die Partei im Kampf gegen den Föderalismus — für die Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltung." Darüber sprach Genosse Walter Ulbricht. Er hob in aller Deutlichkeit hervor, daß die Münchener Rumpfkonferenz ebenso wie der Zweizonen-Wirtschaftsrat und die Versuche, andere westdeutsche Regierungsinstitutionen zu schaffen, der bundesstaatlichen Zerreißung Deutschlands dienen. Demgegenüber setzt er die Aufgaben, die allein die Lösung der gegenwärtigen Hauptprobleme Deutschlands bringen können. Es sind dies:

Die Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltung,
die Zulassung der Parteien in ganz Deutschland,
der freie Nachrichten- und Presseaustausch in ganz Deutschland,
die Sicherstellung der Versorgung durch die volle Ausschöpfung aller Möglichkeiten in ganz Deutschland.

Die arbeitsreiche Tagung fand ihren Abschluß in einer anfeuernden Ansprache des Genossen Wilhelm Pieck, der die großen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei noch einmal zusammenfaßte, deren Lösung aufs engste verbunden ist mit einer gründlichen, die gesamten Parteimitglieder umfassenden politischen Vorbereitung des 2. Parteitages, der vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin stattfinden wird.

Verhängnisvolle Wege

Der Parteitag der SPD in Nürnberg

Die Vertreter der kommunistischen Presse, Vertreter der Ostzonenblätter und der Korrespondent der „Täglichen Rundschau" (Organ der russischen Besatzungsmacht) waren auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg nicht zugelassen. So begann dieser Parteitag mit einem häßlichen Mißklang. Er endete, ohne daß konstruktive Vorschläge der SPD Wege gewiesen haben, die zur Schwächung der deutschen Reaktion und einer Stärkung der Kraft der deutschen Arbeiterklasse führen.

Dr. Schumacher, der wiedergewählte Vorsitzende der SPD, sprach klingende Worte vom „sozialistischen Europa". Diese Zukunftsmusik kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Dr. Schumacher es versäumte, zu zeigen, wie man bei uns im Westen Deutschlands die Voraussetzungen schafft, dem werktätigen Volk überhaupt erst einmal eine Lebensgrundlage zu geben und zu garantieren. Dazu muß man nicht nur moralische Appelle an die Welt richten, sondern entschlossen darangehen, für die Enteignung der Kriegsverbrecher und Nutznießer, für die Verstaatlichung der Monopolbetriebe und der Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes zu kämpfen.

Die Gewerkschaften zu einem Instrument der Politik der SPD zu machen, ist ein Anspruch, den Dr. Schumacher in Nürnberg verkündete. Dr. Schumacher will also den Kampf innerhalb der Gewerkschaften zur Entfaltung bringen. Die Arbeiterschaft, insbesondere aber die Mitglieder der SPD, wird sich reiflich überlegen und hüten müssen, sich auf diesen verhängnisvollen Weg drängen zu lassen. Daß Dr. Schumacher dies möchte, bezweifeln wir nicht. Er steht mit seiner Ansicht offenbar im Gegensatz zu dem zweiten Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, der auf dem gleichen Parteitag die Einheit der Gewerkschaften begrüßte. Daß Dr. Schumacher damit auch im Gegensatz steht zu der überwiegenden Mehrheit der gesamten Arbeiterschaft, die nicht gewillt ist, ihre stärkste Waffe, die Einheit der Gewerkschaften, zerschlagen zu lassen, ist klar.

Dr. Schumacher schafft selbst die Voraussetzungen, die seine Politik in einer Sackgasse enden lassen. Ein Politiker, der Sozialist sein will und im großen und ganzen nur den Kampf gegen die Kommunisten auf seine Fahne geschrieben hat, muß scheitern. Den Werktätigen kann mit dieser Politik nicht genützt werden. Die Reaktionäre in Deutschland und jenseits der Grenzen freuen sich aber über eine Politik, die ihnen so entgegenkommt.

Zwiespältig und gefährlich

In der Meinung italienischer und Schweizer Sozialistenkreise über den SPD-Parteitag in Nürnberg spiegelt sich deutlich die Erkenntnis wider, wie gefährlich der von der SPD unter Führung Dr. Schumachers eingeschlagene Weg für die deutsche Arbeiterschaft ist. So schrieb das Zentralorgan der italienischen Sozialisten, der Mailänder „Avanti": „Die deutsche Sozialdemokratie sieht jene alte politische Linie, die Deutschland erst an Hindenburg und dann an Hitler verschrieb, immer noch als historisch wertvoll und gültig an. Wenn sie zur Rechten nicht viel Vertrauen hatte, so hat sie vor der Linken gerade zu Angst".

Im Züricher „Volksrecht", dem Organ der Schweizer Sozialisten, wird von der Zwiespältigkeit und Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Politik in Deutschland gesprochen. Das Blatt sagt, daß die SPD nicht bereit seit, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und auf eine ehrliche und aufrichtige Zusammenarbeit mit den Kommunisten hinzuarbeiten.

Wir begreifen jetzt, warum die Zulassung der SPD auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Zürich nicht eine Selbstverständlichkeit gewesen ist. Berechtigterweise haben ausländische Sozialisten Bedenken über eine Politik, wie sie Dr. Schumacher in Deutschland praktiziert.

K[illegible]gsverbrecher Pferdmenges im Wirtschaftsrat

Der berüchtigte Kölner Bankier Pferdmenges ist von der CDU in den Zweizonen-Wirtschaftsrat gewählt worden. Pferdmenges, bereits vor 1933 führender Mann im Bankhaus Schröder, das als Zentrale der deutschen Monopolherren die Machtübernahme Hitlers festlegte und finanzierte, und maßgeblicher Mann in einer Reihe von westdeutschen Konzernen, gehört eindeutig in die Kategorie der Kriegsgewinnler, die entschädigungslos enteignet werden müssen, wenn das deutsche Volk leben will.

Der Abgeordnete Rudi Wascher gab im Landtag Nordrhein-Westfalen namens der Kommunistischen Landtagsfraktion eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Der Kölner Bankier Pferdmenges gehört zur Aburteilung vor ein Volksgericht und nicht in den Zweizonen-Wirtschaftsrat. Die kommunistische Fraktion erblickt in der Zulassung des Herrn Pferdmenges einen Versuch, mit den alten volksfeindlichen Kräften der Reaktion neues Unheil für das deutsche Volk vorzubereiten und erhebt gegen dieselben den schärfsten Protest."

AUS ALLER WELT

- **1 Jahr Gefängnis** und 1000 M. Geldstrafe erhielt der deutsche Kommunist Gerhard Eisler in den Vereinigten Staaten wegen „Mißachtung des Kongresses".
- **Die Bodenreform** in Oesterreich wurde von der Regierung abgelehnt.
- **13 000 000 Schuß Gewehrmunition** wollen die Vereinigten Staaten der chinesischen Zentralregierung liefern.
- **Wegen Lynchmord** an einem Neger standen 28 Männer in Greenville (USA) vor Gericht und wurden freigesprochen.
- **Dem Blutregiment der griechischen Regierung muß** ein für alle mal Einhalt geboten werden, fordert die E. A. M.

Badische Landesbibliothek

67 Druckereien fälschen Lebensmittelkarten

Nach einer Mitteilung der „Frankenpost" wurden in Bayern 67 Geheimdruckereien ausgehoben, in denen gefälschte Lebensmittelkarten hergestellt wurden. 89 Prozent der angenommenen Lebensmittelkarten eines ein[illegible] Münchener Geschäfts waren gefälscht. Diese Meldung wird noch übertrumpft durch die Feststellung, die man in Mannheim machen mußte. Hier wurde an keinem anderen Ort als **im Landesgefängnis selbst** eine von inhaftierten Schwarzhändlern betriebene Druckerei für Lebensmittelkarten ausgehoben. Die gefälschten Lebensmittelkarten aus dem Mannheimer Landesgefängnis sollen in großen Mengen bis nach Stuttgart in den Handel gekommen sein.

Lebensmittel aus der Ostzone

Bevin gegen Bevin?

Bevin betonte in diesem Zusammenhang: „Wir haben aus der Ostzone niemals auch nur ein Pfund Lebensmittel für die Westzone erhalten." („Nordwest-Zeitung")

—

„Bevin antwortete auf eine Anfrage nach Lieferungen der russischen Zone, Bis Ende Mai habe die russische Zone an die wirtschaftlich vereinigte britisch-amerikanische Zone 126 000 t Getreide, 110 000 t Kartoffeln und 24 000 t Zucker geliefert, einschließlich der Lieferungen an den amerikanischen Sektor Berlin." („Die Welt")

—

Wer hat nun eigentlich recht? Bevin oder Bevin oder die wahrheitsliebenden und „objektiven" deutschen lizenzierten Zeitungen.

Aktive Interzonenhandelsbilanz der Ostzone

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1947 stand einer Einfuhr von Gütern in die Ostzone im Werte von 13,5 Millionen Mark eine Ausfuhr nach den Westzonen im Wert von 28 Millionen Mark gegenüber. Der Aktivsaldo der Ostzone im Interzonengüterverkehr beträgt damit 14½ Millionen Reichsmark.

Einseitiger Interzonenhandel

Die englische und amerikanische Zone sind mit etwa 20 Millionen Mark im Rückstand mit Warenlieferungen, die im Rahmen des interzonalen Handelsabkommens in die sowjetische Besatzungszone zu liefern sind. Trotzdem dauern die Lieferungen aus der Sowjetzone, darunter beträchtliche Mengen von Getreide, Kartoffeln und Zucker, an.

Ein Veteran der Arbeiterbewegung

[G]eorg Schöpflin spricht in Mannheim

Wie wir vom Büro der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD-SDV er[...]ren, wird Georg Schöpflin, ein Veteran der deutschen Ar[...]iterbewegung, am 26. Juli in Karlsruhe und am Sonntag, 27. Juli, [...] Mannheim sprechen.

Georg Schöpflin ist 78 Jahre alt und dient auch heute noch [...]otz seines vorgeschrittenen Alters der Arbeiterbewegung als Land[...]gsabgeordneter der SED in der Mark Brandenburg. Er ist 1869 als [...]hn eines badischen Gebirgsbauern im südlichen Schwarzwald ge[...]ren und sein Lebensweg führte ihn weit in Deutschland und in der [...]elt herum. 1895 wurde er in die Redaktion des Zentralorgans der [...]ozialdemokratischen Partei, „Vorwärts", in Berlin berufen und war [...]äter in vielen Redaktionen tätig.

Von 1902 ab gehörte er dem Reichstag an, in dem er nach 1918 [...]inen heimatlichen **Wahlkreis Karlsruhe bis 1933** vertreten hat. Ins[...]esondere ist er den badischen Arbeitern auch bekannt als Leiter des [...] Karlsruhe erschienenen sozialdemokratischen Parteiblattes „Volks[...]reund".

Ganz wie ehedem, ist Georg Schöpflin auch heute wieder an [...]ührender Stelle in der deutschen Arbeiterbewegung tätig. Freudig [...]egrüßte er auf dem Vereinigungsparteitag Ostern 1946 das Ende der [...]nheilvollen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in einem gro[...]ßen Teil Deutschlands und die Schaffung der Sozialistischen Einheits[...]partei Deutschlands.

Wir, seine Landsleute, sind stolz darauf, daß dieser hervorragende Kämpfer, der schon mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht für die Befreiung der Arbeiterklasse gefochten hat, heute mit uns kämpft für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse, und wir freuen uns, daß er den Weg in seine badische Heimat wieder gefunden hat, um zu uns von seinem und unserem Kampf zu sprechen.

[...] die Ernährungsfrage gemeistert?

Von Willy Grimm

[...]e Zeitungen sind voll mit tröst[...]n Meldungen und Versicherun[...] daß die Ernährungslage sich [...] Besseren wendet. „Wende[...]kte der deutschen Ernährungs[...]schaft erreicht". verkündet der [...]rische Landwirtschaftsminister [...] Baumgartner. Anlaß war für ihn [...] vom amerikanischen Landwirt[...]ftsminister Anderson in Stuttgart [...]prochene Garantie, daß die Ver[...]gten Staaten im nächsten Jahr [...] Mindestmenge von monatlich [...]000 t Lebensmittel nach Deutsch[...] senden werde. Dr. Baumgartner [...]ch dabei von einem festen Er[...]rungs-Jahresplan, der nun mög[...] sei. Schwankungen in der Er[...]rungsversorgung seien in Zu[...]ft nunmehr weitgehendst ausge[...]lossen.

[...]r. Baumgartner hat ein Sofort[...]gramm aufgestellt, dem der Er[...]rungs- und Landwirtschaftsrat [...] Bizonen zugestimmt hat. Von [...]sem Sofortprogramm wird ge[...]mt, daß es eine „fundamentale [...]kenntnis" zum Ausgangspunkt [...]be, nämlich die, daß eine wesent[...]e Verbesserung der Ernährungs[...]e nicht von einer Vervollkomm[...]ng der Erfassungsmethode, son[...]n nur von einer Steigerung der [...]duktion zu erwarten sei. Dazu sei [...]nfalls eine Erhöhung der Kunst[...]ngerproduktion notwendig.

[...]ir begrüßen auch späte Erkennt[...]se. Auch bei einem Landwirt[...]aftsminister. Doch wir wollen das [...]genartige dabei festhalten: Pro[...]ktionssteigerung und Planung als [...]raussetzung einer gesicherten Er[...]hrung ist eine Einsicht, die der ein[...]che Mann der Straße vor zwei [...]hren genau so wie heute hatte. [...]ß zur Produktionssteigerung in [...]r Landwirtschaft eine Erhöhung [...] Düngemittelerzeugung notwendig [...], konnte uns gleichfalls jeder [...]gen. Dazu brauchte er nicht ein[...]l Bauer zu sein. Es ist bezeichnend [...]r unsere heutigen Zustände, daß [...]nsenwahrheiten erst dann zu [...]er Wahrheit werden, wenn sie [...]ch im Kopfe eines Ministers Ein[...]ng gefunden haben. Was heute [...]rkündet wird, ist schon tausend[...]l ausgesprochen und gefordert [...]rden. Bestimmt ist dies auch [...]cht eindringlich nicht nur in der [...]esse, in Versammlungen, sondern [...]ch in den [illegible]stkundgebungen [...]d Streiks hun[illegible]rter und ent[...]äfteter Arbeiter geschehen. Im[...]erhin: Es ist zu begrüßen, daß, [...]nn auch spät, ein Landwirtschaftsminister zu einer Erkenntnis gekommen ist.

Mit der Produktionsplanung soll man beginnen. Zu spät ist es nie, weil sie höchstens notwendiger als vor einem Jahre ist. Das Mitbestimmungsrecht muß dabei zur Geltung gebracht werden. Einschaltung der Gewerkschaften und Bauernausschüsse ist Gebot, damit nicht wieder reaktionäre Junker und Bürokraten vom Schlage des Dr. Schlange-Schöningen, diesmal „planvoll", den Werktätigen in Stadt und Land das Fell über die Ohren ziehen können.

Eine Tatsache kann bei dem vielen Gerede über die „Wende" nicht übersehen werden. Bei dem Charakter unserer bisherigen Ernährungskrise ist das völlige Versagen des Erfassungs- und Verteilungssystems der kritische Punkt. Davon kann nicht und darf nicht abgelenkt werden, denn die Produktionsplanung und Steigerung, so nötig sie ist, wird erst im kommenden Jahre wirksam. Das Erfassungs- und Verteilungssystem ist aber gegenwärtig die brennende Frage. Die Ernte beginnt, hat schon begonnen. Bei der Kirschenernte zeigte sich wieder, daß sich garnichts geändert hat. Die schaffende Bevölkerung in den Städten hat nichts von ihr erhalten. Nichts verspricht, daß bei den Ernten der übrigen Obstsorten es anders sein wird. Von der Verteilung und Erfassung des Obstes auf das ganze System zu schließen, ergibt eine düstere Aussicht. Deshalb muß hier unverzüglich eingegriffen werden.

Wir kommen nicht zu einer Lösung der Ernährungsfrage, wenn wir weiter die auseinanderklaffende Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkten haben. Darin liegt der staatlich konzessionierte Zwang zu den Kompensationsgeschäften, der Voraussetzung des Schwarzen Marktes. Das Tief ist noch nicht überwunden, und wir werden nur erneut Enttäuschungen erleben, wenn wir glauben, eine Veränderung der Verhältnisse, einen Weg zum Besseren gefunden zu haben, wenn einige Minister und Bürokraten die Stimmung machen: Wir haben's geschafft. Es ist noch nicht geschafft! An den Werktätigen in Stadt und Land, an ihren Vertretungen liegt es, wirklich die Wendung herbeizuführen.

Brennende Tagesfragen

Walter Ulbricht antwortete auf brennende Tagesfragen auf einer von der SED einberufenen Kreiskonferenz in Zeitz. Wir bringen den Teil seiner Rede, der sich insbesondere mit der Lage in den Westzonen befaßte.

Der Westen im Rückstand

Die Bevölkerung ist mit Recht darüber beunruhigt, daß zwei Jahre nach dem Krieg solche außerordentliche Schwierigkeiten vorhanden sind. Es könnte heute schon besser sein, wenn es deutsche Zentralverwaltungen gäbe, die auf Grund einer umfassenden Wirtschaftsplanung für die richtige Verwendung der Rohstoffe und für eine geordnete Einfuhr und Ausfuhr sorgen und wenn in allen Teilen Deutschlands die Gewerkschaften aktiv an der Kontrolle der Verteilung teilnehmen würden. Das alles gibt es noch nicht. Zwar wurde aus der sowjetischen Besatzungszone entsprechend dem Mindener Abkommen Saatgut, Zucker usw. nach den westlichen Besatzungszonen geliefert, aber von dort sabotiert man die Gegenlieferungen, vor allem von Stahl und Steinkohle. Aus der sowjetischen Besatzungszone wurde für 40 Millionen nach den westlichen Besatzungszonen mehr geliefert, als von ihnen eingeführt wurde. Durch den Ausfall des Stahls aber bleibt der im Plan vorgesehene Aufbau der Braunkohlenwerke und damit die vorgesehene Steigerung der Kohlenförderung zurück.

Die reaktionären Konzernherren, die mit Hilfe der sogenannten Wirtschaftsvereinigungen die ganze Wirtschaft Westdeutschlands lenken, verhindern normale wirtschaftliche Beziehungen über die Zonengrenzen hinweg. Sie betreiben offen die Teilung Deutschland, weil sie glauben, unter dem Schutze des amerikanischen und englischen Großkapitals ihre Positionen in Deutschland retten zu können. Deshalb sind es besonders die Kreise um den Bankier Pferdmenges, die Herren Dinkelbach vom Stahltrust, Vits vom Glanzstoffkonzern, Pönsgen von der rheinischen Schwerindustrie, die den Hoover-Plan auf Schaffung einer Separatistenregierung in Westdeutschland unterstützten.

Freiheit für deutsche Initiative

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Englands haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, Deutschland zu helfen, und große Hoffnungen im deutschen Volk erweckt. Wäre es aber nicht die beste Hilfe gewesen, wenn die westlichen Besatzungsmächte dem deutschen Volk erlaubt hätten, schon vor anderthalb Jahren die Landwirtschaftsplanung durchzuführen, die Bodenreform zu verwirklichen, die Bergbaubetriebe zu verstaatlichen und zu einer umfassenden Wirtschaftsplanung überzugehen? Wenn das geschehen wäre, dann könnte bei den gegenwärtigen Rationen schon am Ende dieses Jahres die Lebensmittelversorgung aus der deutschen Landwirtschaft gedeckt werden, so daß die Lebensmitteleinfuhren zu Erhöhungen der Ra-

(Fortsetzung auf Seite 2)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Brennende Tagesfragen (Fortsetzung von Seite 1

tionen benutzt werden könnten. Indem die Vertreter des westlichen Monopolkapitals sich einer solchen fortschrittlichen Wirtschaftspolitik entgegenstellten, haben sie zu den gegenwärtigen großen Schwierigkeiten mit beigetragen.

Wenn den Deutschen geholfen werden soll, so ist die beste Hilfe, die unverzügliche Schaffung deutscher zentraler Verwaltungen zu fördern und alle Versuche zu bekämpfen, Deutschland durch Zweizonen-Vereinigungen oder bundesstaatliche Zersplitterung vollends auseinanderzureißen. Welche Initiative würden die Arbeiter, Angestellten und werktätigen Bauern in West- und Süddeutschland entfalten, wenn sie wüßten, daß sie nicht mehr für die egoistischen Interessen jener Konzern- und Bankherren arbeiten, die Hitler zur Macht gebracht haben und für die Katastrophe Deutschlands hauptverantwortlich sind.

15 Prozent Reparationen

Wenn behauptet wird, eine Klärung der deutschen Wirtschaftsfrage sei bisher nicht möglich gewesen, weil die Alliierten sich nic[h] die Reparationsfrage versti[illegible] konnten, so kann man solche [illegible] rungen nur als Propagandam[illegible] auffassen. Die Hauptursache d[illegible] ferenz besteht darin, daß der [illegible] minister der USA auf der Mo[illegible] Konferenz Einwendungen ge[illegible] freie Entwicklung der Proc[illegible] für den friedlichen Beda[illegible] Deutschland erhob. Wenn eine[illegible] freie Entwicklung möglich [illegible] dann würden die Reparation[illegible] der laufenden Produktion, die [illegible] zungsweise nicht mehr als 15 [illegible] zent betragen dürften, aus ein[illegible] höheren Produktion gedeckt w[illegible] so daß die Produktionssteig[illegible] vollständig dem deutschen Vol[illegible] gute kommen würde. Jene, die [illegible] in demagogischer Weise gege[illegible] Wiedergutmachung schreiben, [illegible] hindern die freie Entwicklun[illegible] Produktion und verzögern eine [illegible] Entscheidung über die Höhe de[illegible] parationen. Das aber bedeute[illegible] eine Verlängerung der Besat[illegible] Auch diese Kurzsichtigkeit ha[illegible] zur Erschwerung der Wirtschaf[illegible] beigetragen.

Absolute Kriegsgegnerschaft?

Im „Volkswille", Nr. 27 vom 5. 7. 1947, nimmt ein Jungsozialist Stellung zum Referat des SED-Jugendsekretärs Verner, das dieser anläßlich einer öffentlichen Jugendversammlung in Mannheim gehalten hat. — Verner erklärte einem Diskussionsredner: „Es gibt einen guten und einen schlechten Krieg". Er gab dazu Beispiele, die R. R. begreiflicherweise unterschlägt. Verner fragte: „War es ein gerechter Krieg, den die spanischen Republikaner gegen den Diktator Franco und seine faschistischen deutsch-italienischen Hilfstruppen führten?" „War es ein gerechter Krieg, den die friedliebenden Demokratien der Welt gegen die faschistische Achse führen mußten?" Wenn R. R. sich gegen diese gerechten Kriege wendet, so gibt er damit jedem faschistischen Aggressor die Möglichkeit, den Weg zur Weltherrschaft anzutreten. — Es war ein demokratischer Staatsmann, der erklärte: „Wir führen Krieg, weil wir den Frieden lieben".

Um das Brot

Feudale Mißwirtschaft

Baron von Göler als „Landwirt" und „Hausherr"

Man unterschätze unsere feudalen Herrschaften, unsere Barone, Grafen und Fürsten nicht. Den Krieg haben sie, meist als Offiziere höheren Ranges, gut überstanden, jetzt leben sie in ihren Villen und Schlössern exklusiv und — im Gegensatz zu den gewöhnlichen Sterblichen — sehr „geräumig" und sinnen auf neue Heldentaten.

Die Opfer ihres Tatendranges sind die Bauern.

Ein modernes „Bauernliegen" wird zur großen Mode. Pächter müssen die Güter verlassen, Kleinbauern ihre so notwendig gebrauchten Pachtäcker hergeben, damit der Herr Baron oder der Herr Graf selbständiger „Landwirt" werden kann.

Wir erinnern an den Grafen von Oberndorf in Neckarhausen, an den Baron von Racknitz in Heinstein und andere, die dieses Geschäft des Bauernliegens trotz bestehender Pachtschutzverordnungen teilweise mit tatkräftiger Hilfe unserer Justiz bisher erfolgreich betrieben.

Als im letzten Herbst der

Baron Charly von Göler

sich auf diese Weise selbständig machte, da war man in Schatthausen mehr als skeptisch in bezug auf die Fähigkeiten des Herrn Barons als Landwirt. Und mit gutem Recht. Denn die Vergangenheit ließ keine allzu großen Hoffnungen für die Zukunft zu. Wir brachten dies damals auch in unserem „Volksecho" offen zum Ausdruck und heute schreibt uns ein Leser, daß die Tüchtigkeit des Barons als Landwirt an seinen Feldern zu erkennen ist, die durchweg sehr vergrast sind. Die Bevölkerung des Dorfes wartet gespannt auf seine Ernteerträge und die Ablieferung.

3 Stück Rindvieh sind in kurzer Zeit eingegangen.

Eines davon, eine Kuh, konnte noch in letzter Minute vor dem „Hungertode" durch Notschlachtung bewahrt werden.

Das sind also die vorläufigen Ergebnisse der selbständigen Wirtschaftsführung des Herrn Barons und dafür hat man ihm im vergangenen Herbst als Selbstversorger 8 Doppelzentner Getreide aus der Ernte der Bauern zugeteilt.

Erfolgreicher als im Aufbau ist der Herr Baron im Abreißen.

Ein massives Bienenhaus, groß genug, um eine Wohnung oder eine Werkstatt darin einzurichten, wird abgerissen, um eine zweite Treppe im freiherrschaftlichen Schloß einzubauen. Damit die Flüchtlinge ihre eigene Treppe haben und nicht den Aufgang des Herrn Barons zu benutzen brauchen. Ist dieses sinnlose Abreißen des Bienenhauses und der Treppenaufbau mit Zustimmung der zuständigen Baubehörde geschehen? Und was sagt die Obrigkeit dazu, daß der Herr Baron mit seiner Frau und seinen zwei Kindern unter zehn Jahren

10 Räume

bewohnt. Wie lange sollen solche Zustände noch geduldet werden?

In Neckarhausen bewohnt Graf von Oberndorf mit 13 Personen 25 Räume, in Schatthausen Baron von Göler mit 4 Personen 10 Räume. Wie wohnen aber die Flüchtlinge? Wie sind die Bauernhäuser überfüllt? Wie wohnen die ausgebombten Städter? Und warum wird dieser adeligen Gesellschaft noch erlaubt, auf ihren Herrensitzen luxuriös zu leben und die Bauern durch Entzug der Pachtäcker zu ruinieren?

Gedenktage DER WOCHE

9. 7. 1943	Landung anglo-amerikanischer Truppen auf Sizilien.
11. 7. 1943	Vernichtende Niederlage der deutschen Truppen bei Orel - große Offensive der Roten Armee.
12. 7. 1941	Abkommen zwischen Großbritannien und der UdSSR über gemeinsames Vorgehen gegen Hitlerdeutschland. — 1874 Fritz Reuter, Dichter, gestorben.
13. 7. 1793	Jean Paul Marat, französischer Revolutionär, ermordet.
14. 7. 1945	Bildung des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone. — 1889 Gründung der II. Internationale. — 1789 Sturm auf die Bastille in Paris, französischer Nationalfeiertag.
15. 7. 1927	Sturm auf den Wiener Justizpalast. — 1904 A. P. Tschechow, russischer Novellist und Dramatiker, gestorben. — 1606 Rembrandt, flämischer Maler, geb.
16. 7. 1890	Gottf. Keller, Schweizer Dichter, gestorben.

Ohne Treibstoff keine Leistung

K. R., Mannheim-Waldhof, ein Leser unseres Blattes, schreibt uns:

„Da der Wiederaufbau Deutschlands und auch Europas in erster Linie auf den Schultern der Arbeitermassen ruht, ist in deren Interesse jeder Kampf gegen Auswüchse im Ernährungswesen gerechtfertigt. Die Devise: Erst Kohle, dann Industrieproduktion, dann Ausfuhr von Fertigprodukten, dann Einfuhr von Lebensmitteln und dann Sattessen ist falsch und führt zum weiteren Niedergang oder Beharren auf dem Tiefstand.

Ein Beispiel: Ein Motor, der acht Stunden eine bestimmte Leistung vollbringen soll, benötigt eine bestimmte Menge Treibstoff. Wird dem Motor nur die halbe Menge Betriebsstoff zugeteilt, dann läuft der Motor nur vier Stunden bei gleicher Leistung.

Das ist doch begreiflich!

Der Arbeiter benötigt zur achtstündigen bestimmten Leistung ebenfalls eine bestimmte Menge an Kalorien (Betriebsstoff). Bekommt er nur halb so viel, dann gibt das nicht etwa die Hälfte der Leistung, sondern es kann die Leistung bei längerem Anhalten der Minderzuteilung noch weniger als die Hälfte betragen, denn der Arbeiter braucht auch im Ruhezustand eine bestimmte Kalorienmenge oder gewissermaßen ein Grundkontingent zur Lebenserhaltung an sich. Fällt also die Kalorienzuteilung so weit, daß es nicht mehr zur bloßen Lebenshaltung ausreicht, dann tritt sogar Kräfteverfall ein, der mit zunehmender Zeit zum Ausfall der Arbeitskraft an sich führen kann.

Die Devise muß also lauten:

Erst sattessen, dann Steigerung auf allen Wirtschaftsgebieten, Steigerung der Ausfuhr, Abtrag der Schulden für Lebensmitteleinfuhr und schließlich Leistung für den allgemeinen Wiederaufbau der Welt, die durch Hitler, Mussolini und Japans Wahnsinnstaten in Trümmer und Verschuldung stürzte.

Die Arbeitermassen der ganzen Welt werden den grandiosesten Wiederaufbau vollbringen, obwohl sie am wenigsten an der Zerstörung schuldig sind, wenn ihnen ausreichende Ernährung, Bekleidung und Behausung zur Verfügung steht, vorweg Ernährung, die Vorbedingung zur Arbeitsleistung.

Der „Eiserne" Vorhang

Die britischen Besatzungsbehörden haben unter nichtigen Vorwänden den Besuch einer Gruppe sowjetischer Journalisten in der britischen Besatzungszone zu verhindern gewußt. Bis jetzt haben nur zwei Gruppen sowjetischer Journalisten die britische Zone besuchen können, während in der gleichen Zeit nicht weniger als sechs Gruppen britischer Journalisten die sowjetische Besatzungszone bereisten und völlig ungehindert ihre Arbeit durchführen konnten. Die sowjetischen Journalisten vermuten, daß für die Engländer ihr Besuch in der britischen Besatzungszone aus irgend welchen besonderen Erwägungen unerwünscht ist. **„Eiserner Vorhang" — wozu?**

*

Der Weltbund der Demokratischen Jugend hat eine Kommission zum Studium der Lage der deutschen Jugend in den verschiedenen Zonen Deutschlands gebildet. Die Delegation konnte aber nur in der sowjetischen Besatzungszone ungehindert arbeiten, die Einreise in die westlichen Zonen Deutschlands wurde durch die zuständigen Besatzungsmächte verboten. **„Eiserner Vorhang" — wozu?**

*

Dem weltbekannten dänischen Dichter Martin Andersen-Nexö wurde dieser Tage die Einreise in die amerikanische Besatzungszone zum Besuch seiner kranken Schwiegermutter verweigert, obwohl sein Antrag von der dänischen Militärmission und von den sowjetischen Behörden befürwortet wurde. **„Eiserner Vorhang" — wozu?**

Deutschland Rundschau

● **Aus der Haft entlassen** wurde der SS-Mörder Peters, der den Leiter der SPD-Jugendgruppe in Lengerich, Westfalen, ermordet hatte. Der Mörder muß ganze 500 M. Kaution stellen.

● **Der „Südkurier" in Konstanz** wurde verboten, weil er eine Entschließung des Landtages zur Ernährungslage veröffentlicht hatte.

● **Nur 3 Jahre Arbeitslager** erhielt der Denunziant Strauß aus Hemsbach von der Spruchkammer Weinheim. Auf seine Anzeige hin war Polizeiinspektor Link aus Mannheim zum Tode verurteilt und erschossen worden.

● **Die Einführung der 40-Stunden-Woche,** die von den bayerischen Gewerkschaften beantragt worden war, wurde von den Unternehmern abgelehnt.

● **Verstaatlichung des Bergbaus** fordern die hessischen Bergarbeiter. Seit mehr als 7 Monaten wird die Verstaatlichung, die in der hessischen Verfassung festgelegt ist, verschleppt.

● **Deutschlands Zulassung zum Walfang** wurde von den maßgebenden britisch-amerikanischen Stellen abgelehnt.

● **Alfred Hugenberg,** der Konzerngewaltige und Wegbereiter Hitlers, ist aus der Haft entlassen worden und verlangt die Rückgabe seines Rittergutes.

● **11 000 Kilo Honig** wird in diesem Jahr der Kreis Sinsheim für die allgemeine Volksernährung liefern können, wenn unsere Ernährungsbürokratie nicht wieder versagen sollte.

● **Die Kruppwerke in Essen** sollen gesprengt werden, auch die Werke, die für die Friedensproduktion arbeiten.

Unter der Lupe

Mannheim:

Wir stellen vor: Mitläufer Direktor Carl Werner

Es gab keine monopolkapitalistis[illegible] Nutznießer des Nazismus, die [illegible] zerngewaltigen ließen sich höch[illegible] von Hitler und seinem tausendj[illegible] gen Reich täuschen. Dies ist schei[illegible] die felsenfeste Ueberzeugung [illegible] Berufungsinstanz der Mannhe[illegible] Spruchkammer, sonst hätte sie [illegible] den berüchtigten Direktor und [illegible] treiber der Daimler-Benzwerke M[illegible] heim, Carl Werner, in die Gruppe [illegible] Mitläufer einstufen können. Die [illegible] handlung selbst mutete wie [illegible] schlecht inszenierte Komödie an. [illegible] Reihe gerade durch die Maschen [illegible] Befreiungsgesetzes geschlüpfter N[illegible] spielte Entlastungszeugen und [illegible] den leider ergänzt durch einige Ar[illegible] ter und eine Arbeiterin mit Laka[illegible] seelen, welche nicht vergessen ko[illegible] ten, daß der Herr Direktor in sei[illegible] Glanztagen auch mal jovial auf [illegible] Buckel klopfte und einen Taler sp[illegible] gen ließ.

Herr Werner war seit 1913 kaufmännischer Direktor der Mannheimer Niederlassung des Daimler-Benz-Konzerns, mit Werken in Stuttgart, Sindelfingen, Gaggenau und Untertürkheim, und in der jetzt sowjetisch besetzten Zone Deutschlands.

Während dieser ganzen Zeit erwies sich Werner als rücksichtsloser Ausbeuter, der mit allen Mitteln die Interessen seiner monopolkapitalistischen Auftraggeber wahrnahm. Als Hitler 1933 die Macht erschlich, da fühlte auch er, daß er ein „teutscher" Mann war und er fing an, sich mit allen möglichen Gauleitern zu duzen. Man spricht von Wagner, Sprenger und Bürckel. Er beeilte sich, dem hoffnungsvollen Nachwuchs dieser „Herrenmenschen" echte Miniaturautos, wahre Wunderwerke der Technik, anfertigen zu lassen. Es dauerte nicht mehr lange, da mußte auch er — und nicht nur im Geiste — mitmarschieren. Er trat in die NSDAP ein und mit der Parteinummer 2 009 118 wurde er ein Glied der „verschworenen Gemeinschaft". Doch halt! Wie heißt es doch im alten Volkslied: Es wär' so schön gewesen, es hatt' nicht sollen sein. Die nationalsozialistischen Alkoven- und Rassenschnüffler fanden nämlich heraus, daß er mit einer Jüdin verheiratet war und empfahlen ihm höflich aber bestimmt, aus der NSDAP auszutreten. So traurig ihm damals zumute war, so sehr hat er diesen Umstand 1946 und 1947 ausgenützt, um den Mann zu spielen, der selbst unter Hitler zu leiden hatte.

Als 1938 der Sudetengau „befreit" wurde, trommelte Werner höchst eigenhändig die Musik zusammen und ließ in jeder Werkhalle Jubelweisen spielen. Sein Sohn, der als Mischling ersten Grades nicht die „Ehre" hatte, den Waffenrock zu schwingen, nahm an der „Befreiung" des Sudetenlandes teil und wurde dadurch „wehrwürdig". Heute wird dieser Sohn wieder als Israelit geführt, obwohl Prälat Bauer der Spruchkammer bestätigte, daß Werner ein guter Christ sei.

Bald kam die „große, die ruhmreiche Zeit". Die Nazibanditen unterwarfen die Völker und verfrachteten Millionen Fremdarbeiter als Arbeitssklaven nach Deutschland. Auch der Firma Daimler-Benz wurden solche Unglücklichen zugewiesen, und man kann wohl sagen, daß diese Opfer des Raubkrieges der deutschen Imperialisten sich in die Hölle versetzt fühlten. Die Fremdarbeiter wurden bei Daimler-Benz laufend geschlagen. Im Jahre 1943 wurde ein Pole sogar aufgehängt. Direktor Werner hatte von Tuten und Blasen keine Ahnung.

Ein genannter Zimmermann wurde 1946 wegen fortgesetzter Mißhandlung von Ausländern zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt und nur die Tatsache, daß der Kerl geistig nicht zurechnungsfähig war, rettete ihn vor einer weit höheren Strafe. Dieser Kretin war Portier bei Daimler-Benz und schlug jeden Tag wahnsinnig auf die Fremdarbeiter ein. Auch davon wußte Werner nichts und die Spruchkammer glaubte ihm aufs Wort. 1945 wurde Werner vom amerikanischen Militärgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung von 3 Monaten Haft wurde der Rest der Strafe in eine Geldbuße von 5000 RM umgewandelt. Der Herr Direktor hatte verschwiegen, daß er öffentliche Reden gehalten hatte und außerdem, daß er Mitglied der Partei war. Im Oktober 1946 wurde Direktor Werner in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht und zu zwei Jahren Bewährungsfrist und 5000 RM Geldstrafe verurteilt.

Der öffentliche Kläger hat Berufung gegen dieses Urteil eingelegt und wir hoffen, daß bei der nächsten Verhandlung der Handlanger der Konzerne und Naziaktivist Werner seiner gerechten Strafe nicht entgehen wird.

Karlsruhe:

Verleumderische Angriffe gegen den Karlsruher Postpräsidenten

Gegen den Postpräsidenten in Karlsruhe, unseren Genossen Albrecht, sind in letzter Zeit häufig Angriffe geführt worden. Diese Angriffe haben wohl zum Ziel, die Stelle des Präsidenten für irgendwelche Interessenten aus dem Lager der Reaktion frei zu machen.

Merkwürdig an dieser Hetze ist nur, daß sich gerade der sozialdemokratische Volkswille zum Sprachrohr dieser Absichten machte.

Bei der nun endlich stattgefundenen Untersuchung trat die Lügenhaftigkeit aller gegen den Präsidenten Albrecht vorgebrachten Behauptungen zutage. Ebenso brachen schon in den ersten Stunden der Untersuchung alle Verleumdungen und Argumente des ehemaligen Gaurichters der NSDAP und späteren Postreferendars Dr. Rapp zusammen.

Am 21. Juni legte Dr. Rapp angesichts des erdrückenden Beweismaterials in Gegenwart von Zeugen weinend das Geständnis ab, daß alle seine schriftlichen und mündlichen Behauptungen gegenüber der Person Albrechts Verleumdungen waren. Nach 5 Tagen Untersuchung gratulierte der Untersuchungsführer Dr. Willemsen dem Präsidenten Albrecht zu seiner vollkommenen Rehabilitierung.

Am 24. Juni fuhr Dr. Willemsen zur Hauptverwaltung Frankfurt a. M. zurück. Dem Präsidenten wurde sofortige Wiederindienststellung und Genugtuung durch Pressenotiz zugesagt. — Auf diese wartet er nun! Aber nicht nur er wartet; mit ihm warten alle Menschen, welche Anhänger öffentlicher Sauberkeit und demokratischer Handlungsweise sind.

Wie lange müssen sie noch warten?

Wo bleiben die Erbsen?

Nordbaden ist eines der reichsten Anbaugebiete für Erbsen in ganz Deutschland.

Aber wo bleiben die Erbsen in diesem Jahre.

Bis jetzt konnte man nur ganz geringe Mengen zu verhältnismäßig teueren Preisen einkaufen. Nach allen Erfahrungen, die wir mit unserer Ernährungsbürokratie gemacht haben, ist zu befürchten, daß unsere Stadtbevölkerung nicht viel von dem reichen Erntesegen sehen wird.

Nicht jedes kann hinausgehen, um Erbsen zu zupfen mit der Aussicht, 10—20 Prozent der selbstgezupften Erbsen kaufen zu können. Auf dem Insultheimer Hof in Hockenheim müssen die Erbsenzupfer sogar 2—3 Tage nur für die Gutsverwaltung zu einem Arbeitslohn von 5 Pfg. pro Kilo arbeiten und erst dann dürfen sie für sich selbst zupfen. Wenn trotz solchen ungünstigen Bedingungen Hunderte von Menschen sich melden, dann ist das nur ein Beweis dafür, wie groß der Hunger ist, der die Menschen hinaustreibt.

Unsere Hausfrauen aber, besonders in den kinderreichen Familien, haben sehr selten Zeit, sich in dieser Weise etwas zusätzliche Nahrung teuer zu erarbeiten. Sie sind auf das angewiesen, was es in den Läden zu kaufen gibt und das ist nicht viel.

Bei der Kirschenernte hat unsere Ernährungsbürokratie restlos versagt. Bei der Erbsenernte sieht es genau so aus. Soll eine Wandlung eintreten, dann müssen endlich durchgreifende Maßnahmen getroffen werden. Wir fordern: Säuberung der Bürokratie von allen nazistischen Elementen, Bildung von Ernährungsausschüssen aus Vertretern der Gewerkschaften und der Konsumenten zur Sicherung einer gegerechten Verteilung der Lebensmittel und zur Ausschaltung jeder bürokratischen Fehlleitung und jeder Sabotage.

+ Kreuz und quer —

Dreiunddreißig Landräte

In Bayern wurden in den letzten Monaten nicht weniger als 33 Landräte abgesetzt oder verhaftet, weil sie ihre Fragebogen gefälscht hatten. Durch die Auswertung der großen Zentralkartei ehemaliger Parteigenossen ist es möglich, am laufenden Band das Treiben der Nazis aufzudecken, die sich unter Fälschung ihres Fragebogens in wichtige Schlüsselpositionen einschleichen.

In der reaktionären Südwestecke Deutschlands, in Bayern, ist diese Erscheinung besonders augenfällig. So ist der Posten des Landrats im Landkreis Gemünden im Maingebiet bereits zum 6 Male neu besetzt worden. Außer dem Landrat wurden weitere acht höhere Beamte wegen Fragebogenfälschung entlassen, darunter der Polizeichef, der Flüchtlingskommissar, der Kreistreuhänder und der öffentliche Ankläger. Es ist dies ein Schulbeispiel dafür wie die Reaktion ihre Kräfte verteilt, um durch organisierte Sabotage ein Chaos hervorzurufen und die Demokratisierung zu verhindern.

Eine erstaunliche Entdeckung

machte gelegentlich einer Pressekonferenz der hessische Entnazifizierungsminister Binder (SPD). Er behauptete nämlich, der wirtschaftliche Niedergang sei z. B. darauf zurückzuführen, daß in der amerikanischen Zone ein Beschäftigungsverbot für Nazis bestehe (!!!), die noch durch die Spruchkammer gehen müssen. Dadurch gehen hochwertige Fachkräfte verloren (!!!).

Dem Minister Binder war es vorbehalten, die wahre Ursache der Katastrophe zu entdecken. Nicht weil, wie es die Kölner Resolution der SPD feststellt, die alten verderblichen Kräfte in Verwaltung, Wirtschaft und Politik bestimmen, sondern im Gegenteil, weil wir noch zu wenig Nazi-„Fachleute" haben, geraten wir immer tiefer in chaotische Zustände hinein. Geht es wirklich nicht ohne die Nazis, Herr Binder?

Nazi-Redakteure bei der lizenzierten Presse

Anläßlich einer Pressekonferenz mit dem SED-Vorstandsmitglied Walter Ulbricht in München erklärte ein Pressevertreter, daß ihm allein fünfzig Fälle bekannt seien, in denen Nazis an maßgeblichen Stellen in Redaktionen angeblich antifaschistischer und demokratischer Zeitungen in Bayern einnehmen. Der 2. Vorsitzende des Bayrischen Journalistenverbandes, Josef Ackermann, war gezwungen, diese unerhörte und bezeichnende Tatsache offiziell zu bestätigen.

Unwahre Behauptungen der SPD gegen die [illegible] Mosbach

Die Leitung der Sozialistis[illegible] Demokratischen Vereinigung, Lan[illegible] kreis Mosbach, schreibt uns:

„Das Wochenblatt der SPD Wür[illegible] temberg-Baden, „Der Volkswille [illegible] veröffentlicht unter der Ueberschri[illegible] „Bröckelnde SED-Front im Kre[illegible] Mosbach" in Nr. 23 vom 7. 6. 194[illegible] einen Artikel über die Auflösun[illegible] der SDV-Ortsgruppe Aglasterhausen und Beitritt zur SPD.

Hierzu wird festgestellt:

Es ist unwahr, daß sich die Ortsgruppe der SDV in Aglasterhausen aufgelöst hat. Sie besteht unter Führung ihres bisherigen Vorsitzenden, der von vielen, treuen Anhängern der SDV unterstützt wird, nach wie vor weiter. Auch in Unterschwarzach besteht die SDV weiter. Wir bedauern, daß die SPD zur Zeit keine wichtigeren Aufgaben sieht, als die Spaltung der Arbeiterklasse zu betreiben.

Der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Nies sprach am 1. 5. 1947 zum schaffenden Volk in Mosbach. Er begann seine Ausführungen mit den Worten: „Seid einig!" Anstatt diese Worte in die Tat umzusetzen, versucht die SPD im Kreis Mosbach, durch Verbreitung unwahrer Gerüchte, die SDV mit Gewalt zu zerschlagen. Soll das alles sein, was die SPD, aus der Vergangenheit, aus den politischen Entwicklungen gelernt hat? — Die SDV fordert nach wie vor eine geeinigte Arbeiterschaft, denn nur so kann den reaktionären Kräften wirksam entgegengetreten werden."

Zum 14. Juli 1789

Die Franzosen von 1789 waren ein Volk, weder älter noch jünger als die übrigen Teile der europäischen Gesittung. Sie rühmten sich keiner einzigartigen Reife und andererseits keiner selbsterfundenen neugeborenen Doktrin oder Mystik. Am wenigsten behaupteten sie, die Jüngsten, die unwiderstehlich Stürmischen zu sein. Sie verwirklichten dieselben Erkenntnisse, die überall vorherrschten und handelten nach einer Gesinnung, die der höchsten geistigen Klasse aller Länder gemein war, sogar die tieferen Schichten folgten von ungefähr. Die ersten waren die Franzosen nicht. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung verlangte schon längst für die Vereinigten Staaten die unabhängige Stellung, „auf die sie das Recht haben, nach den Gesetzen der Natur und des Gottes der Natur". Nach dem Vorgang Englands verkündete Amerika seit dem 17. Jahrhundert als sonnenklar die Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen seien und daß sie von ihrem Schöpfer mit unleugbaren Rechten begabt seien: das Recht auf das Leben, die Freiheit und das Bestreben nach Glück. Wer seine Rechte so zuversichtlich behauptet, ist offenbar der weitesten Zustimmung gewiß.

Die persönliche Freiheit hat den ersten Platz in der vorgestellten Welt des Humanismus, und die zählte schon damals 400 Jahre. Die Renaissance, ein Triumph der menschlichen Persönlichkeit, die langen Kämpfe um das freie religiöse Bekenntnis, die Aufklärung, die erreichte Milderung der Sitten, das alles ging voraus. Die Vorform der modernen Demokratie war erschienen mit demselben König, der auch das Edikt von Nantes erlassen hatte. Die deutschen Bauernkriege, die Hussitenkriege zogen sogar noch früher die soziale Folgerung aus dem Erwachen der Gewissen, das Reformation und Humanismus heißt.

Heinrich Mann.

Kultur-Mosaik

„Für das fortschrittlichste Werk des Jahres" wird der Kulturbund, Landesleitung Thüringen, einen Literaturpreis ausschreiben, der jährlich unter dem Namen „Literaturpreis Weimar 1947" verteilt werden soll. Der Jury gehören an Johannes R. Becher, Alexander Abusch, Ludwig Renn, Theodor Plievier, Frau Ilse Faber, Willy Semmelrogge, Gustav Kiepenheuer, Dr. Gaillard, Karl Rauch, Frl. Dr. Bährecke, Prof. Dr. Stolle.

Ein Denkmal für Thomas Münzer, den Führer in den deutschen Bauernkriegen, der am 27. Mai 1525 in Frankenhausen am Kyffhäuser hingerichtet wurde, soll in Frankenhausen errichtet werden.

Dr. Rudolf Agricola, Chefredakteur der „Rhein-Neckar-Zeitung", Heidelberg, ist zum Professor der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ernannt worden. Prof. Dr. Agricola hat bereits mit Gastvorlesungen in Halle begonnen und wird im Wintersemester seine Professur in erweitertem Umfang ausüben. Das Amt des Chefredakteurs der „RNZ" wird Prof. Dr. Agricola auch weiterhin beibehalten.

Verstärkte Kulturreaktion? Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der bayerischen Regierung, vertreten durch den Kultusminister Hundhammer (CDU), führten zu dem Ergebnis, daß ein päpstlicher Nuntius nach München entsandt wird. In einem Dementi an die Presse bringt Dr. Hundhammer zum Ausdruck, daß die Verhandlungen noch im Schweben seien. Er begrüßt aber die Besetzung der Münchener Nuntiatur für Deutschland. In nächster Zukunft muß also im Süden Deutschlands mit verstärkten Anstrengungen der Vatikankreise gerechnet werden.

R. C. F. Garbett, Erzbischof von York, stellt in einer von ihm verfaßten Broschüre fest, daß die russisch-orthodoxe Kirche heute in der Sowjetunion mehr Freiheit hat, als früher unter der Zarenherrschaft. Der Erzbischof stellt fest: „Die römisch-katholische Kirche hat in ihrer Propaganda stets behauptet, in der Sowjetunion sei die Kirche ein willfähriges Werkzeug des Staates. Es stimmt zwar, daß die Geistlichen dem neuen Regime treu ergeben sind, allerdings aus der ehrlichen Ueberzeugung heraus, daß dieses Regime besser zum Christentum paßt als alle übrigen Sozial- und Wirtschaftssysteme. Ihr Glaube und ihr Gottesdienst sind vom Staate unabhängig. Die Wiedergeburt der alten russischen Kirche und ihre von der Regierung anerkannte Freiheit sind sehr erfreuliche Tatsachen in dieser schweren Zeit. Jahr um Jahr werden mehr Kirchen eröffnet. Bei meinen Besuchen im Mittleren Osten höre ich oft, daß die russische Kirche einen wachsenden Einfluß gewinnt. Durch ihre echte Frömmigkeit leistet sie erneut einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des Christentums in der Welt."

Lehrgänge zur Berufsfortbildung der Werkangehörigen führt der Kulturausschuß des Chemiewerkes Leuna zusammen mit dem FDGB durch. Die Lehrgänge sind gebührenfrei und finden starkes Interesse. Sie umfassen: Fachrechnen, Mathematik, technisches Zeichnen, Blechabwicklungen, Wärmelehre, Elektrotechnik, organische und anorganische Chemie, chemisches Rechnen, Stenografie usw.

RUNDFUNK

Radio Berlin:

10. Juli: 19.25 Uhr Aus Politik und Wirtschaft: „Die neuen Volksrepubliken Osteuropas: Rumänien". 20.15 Uhr Tageskommentar von Geßner.

11. Juli: 19.25 Uhr Aus Politik und Wirtschaft. Ein Gespräch am runden Tisch. „Querschnitt durch ein Dorf der Ostzone."

12. Juli: 17.10 Uhr Aus Politik und Wirtschaft: Die Kriegsverbrecher der IG. Farben. 19.00 Uhr Frauenfunk: An einen deutschen Lehrer. Eine Sendung gegen den Antisemitismus von Rudolf Leonhardt. 19.25 Uhr Außenpolitische Wochenübersicht. 19.40 Uhr Rückblick der Woche. 20.15 Uhr Tageskommentar: Außenministerkonferenz am 12. 7. [illegible] Abkommen zwischen Großbri[illegible] und der UdSSR über gemeinsames Vorgehen gegen Hitlerdeutschland am 12. 7. 41. Kommentator: Geßner. 21.40 Uhr Tribüne der Demokratie: Wie kommen wir in Deutschland zu einem höheren Lebensstandard? Ein Gespräch mit Partei- und FDGB-Vertretern.

Programmänderungen vorbehalten.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber u. Willy Grimm, Mannheim, S 3, 10, Tel. Nr. 43260. Auflage: 60 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Authorized by Military Government of Württemberg and Baden Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

Altpapier!

Wir bitten alle Ortsgruppen, die für uns Altpapier gesammelt haben, uns zu benachrichtigen, damit wir dasselbe abholen lassen können. Altpapier ist für uns ein wichtiger Rohstoff. Jedes Kilogramm sichert die Herausgabe unserer Zeitung.

„Badisches Volksecho"
Mannheim, S 3, 10.